A 22127 C

Zur Wirtschaftslage 219

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

36. Jahrgang | Berlin, den 21. August 1969 | Nummer 34

Zur Wirtschaftslage

Franc-Abwertung — kein Ersatz für allgemeine Neufestsetzung der Währungsparitäten

Durch die überraschende, einseitige Abwertung des französischen Franc sind die internationalen Währungsprobleme einer Lösung nur wenig nähergerückt worden. Den angelsächsischen Ländern wird es im Gegenteil jetzt eher noch größere Schwierigkeiten bereiten, ihr Zahlungsbilanzdefizit abzubauen. Auch ist nicht damit zu rechnen, daß die Überschußposition der Bundesrepublik Deutschland durch die Franc-Abwertung in einem Maße verringert wird, das für einen störungsfreien internationalen Wirtschaftsverkehr notwendig wäre. Da nicht auszuschließen ist, daß die Verbesserung der französischen Zahlungsbilanz stärker zu Lasten der Defizit- als der Überschußländer geht, könnte die Wechselkursdiskussion durch den französischen Schritt noch mehr Auftrieb erhalten. In den angelsächsischen Ländern sind allerdings nach wie vor die Bemühungen darauf gerichtet, durch Inanspruchnahme internationaler Liquiditätshilfen Zeit für die Beseitigung der Defizite zu gewinnen. Die Einführung der Sonderziehungsrechte beim Weltwährungsfonds erweitert den Spielraum für die Gewährung derartiger Liquiditätshilfen; und sie weist gleichzeitig einen Weg, wie der Dollar, das Pfund und auch das Gold als internationale Zahlungsmittel allmählich abgelöst werden könnten. Wechselkursänderungen brauchten dann nicht mehr daran zu scheitern, daß die Währungen der angelsächsischen Länder Reservefunktion ausüben.

In den *Vereinigten Staaten von Amerika* zeichnete sich im Leistungsverkehr mit dem Ausland bisher keine Besserung ab. Sind auch die Außenhandelszahlen immer wieder durch Sondereinflüsse verzerrt worden, so muß doch zu denken geben, daß die Exporte im ersten Halbjahr 1969 (saisonbereinigt) um 1 vH hinter den Exportwerten des zweiten Halbjahres 1968 zurückgeblieben, die Importe im gleichen Zeitraum aber um etwa 1 vH gestiegen sind. Zwar hat sich die Importsteigerung erfreulicherweise stark abgeflacht, die Exporte jedoch haben von der allgemein kräftigen Wirtschaftsexpansion in der westlichen Welt nicht profitiert. Wenn auch der geringe Anteil, den der Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich am gesamten amerikanischen Warenverkehr hat, gegen eine stärkere direkte Beeinträchtigung des amerikanischen Außenhandels durch die Franc-Abwertung spricht, so wird durch sie doch die Position der Vereinigten Staaten auf Drittmärkten tangiert.

Mit einer realen Zuwachsrate von 2,4 vH — saisonbereinigt, Jahresbasis — hat die Wirtschaft der USA im zweiten Quartal im gleichen Tempo expandiert wie in den ersten drei Monaten dieses Jahres. Auch zeichnete sich keine Veränderung der nominalen Zuwachsraten ab. Mit Preissteigerungen von 4,8 vH — saisonbereinigt, Jahresbasis — war das

Verhältnis von realer zu nominaler Fortschrittsrate damit weiterhin ausgesprochen ungünstig. Zudem blieb das Wachstum hinter der Potentialausweitung der amerikanischen Wirtschaft zurück, die auf jährlich mindestens 4 vH veranschlagt werden kann. Wenn bei stark gestiegenem Arbeitsvolumen der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt zum Stillstand kam, so kann das nur durch Hortung von Arbeitskräften erklärt werden.

Der Kosten- und Preisauftrieb hielt unvermindert an. Im gesamten nichtlandwirtschaftlichen Bereich überstiegen die Stundenlöhne im Juni dieses Jahres ihren Vorjahrsstand um 6,3 vH; dennoch war die Kaufkraft der durchschnittlichen Wochenverdienste niedriger als im Vorjahr. Die Gewerkschaften sind daher bemüht, ihren Mitgliedern über die Preiserhöhungen hinausgehende Lohnsteigerungen zu sichern. Bei dieser Konstellation dürfte das Federal Reserve Board kaum eine Möglichkeit zur Lockerung der Kreditbeschränkungen sehen, obwohl kein Zweifel mehr besteht, daß die Verknappung und Verteuerung von Finanzierungsmitteln bereits zu Einschränkungen der Bauinvestitionen geführt hat und weitere Kürzungen bevorstehen. Die Wohnbautätigkeit wurde von diesem Rückgang bisher am stärksten betroffen; aber auch die Daten über den gewerblichen Bau deuten auf eine nachlassende Ausgabenbereitschaft hin.

Träger der Expansion waren bis in die jüngste Zeit hinein die Ausrüstungsinvestitionen der privaten Wirtschaft und die Aufwendungen für Lagerinvestitionen. Allerdings ist mit einem Nachlassen dieses Auftriebsfaktors zu rechnen. So könnte sich die Investitionsneigung sehr plötzlich verringern, wenn die unbefriedigende Produktivitätsentwicklung im Verein mit steigenden Kosten die Gewinne allzu stark schmälert. Die Relation von Lägern zu Umsätzen bewegt sich bisher in der üblichen Größenordnung. Eine Aufstockung ist daher nur im Rahmen der — erwarteten — Umsatzsteigerung wahrscheinlich.

Die Ausgaben der öffentlichen Hand sind in diesem Jahr ausschließlich aufgrund der Aktivität der Länder und Gemeinden gestiegen. Die Ausgaben des amerikanischen Bundeshaushalts gingen dagegen im ersten Halbjahr 1969 nicht nur im Verteidigungssektor, sondern auch in den übrigen Bereichen zurück. Der Bundeshaushalt hat deshalb 1969/70 mit einem Überschuß von 3 Mrd. $ abgeschlossen, gegenüber einem Defizit von 19 Mrd. $ im Vorjahr.

Auch für *Großbritannien* sind die unmittelbaren Auswirkungen der Franc-Abwertung gering einzuschätzen. Die Warenströme zwischen Frankreich und Großbritannien machten 1968 nur etwa 4 vH des gesamten britischen Außenhandels aus. Gleichwohl wäre es verfehlt, anzunehmen, daß die französische Maßnahme ohne nennenswerten Einfluß auf die britische Außenwirtschaft bleiben wird. Im Konkurrenzkampf gegenüber Drittländern hat die französische Wirtschaft nun einen Wettbewerbsvorsprung erlangt, der es den britischen Unternehmen erschwert, solche Exportsteigerungen zu erzielen, die zur Bereinigung der britischen Zahlungsbilanzlage notwendig sind.

Die bisherige Entwicklung der britischen Ex- und Importe hat noch nicht zur Beseitigung der Außenwirtschaftsschwierigkeiten geführt. Obwohl die Inlandsnachfrage im bisherigen Verlauf des Jahres nicht zugenommen hat, wurde weiterhin ein beachtliches Handelsbilanzdefizit erzielt. Es ist indes kaum zu erwarten, daß die Stagnation anhält. So wird wahrscheinlich die nur wenig verlangsamte Erhöhung der Effektivlöhne zu einer erneut anwachsenden Nachfrage nach Verbrauchsgütern führen. Außerdem ist anzunehmen, daß die Investitionen trotz monetärer Restriktionspolitik steigen werden. Wird aber bereits eine Expansion der inländischen Nachfrage zugelassen, bevor die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten beseitigt sind, so ist schwer zu erkennen, wie eine Lösung der britischen Zahlungsbilanzprobleme künftig erreicht werden soll.

Bei der Beurteilung der Abwertungsfolgen für die *französische* Wirtschaft stellt sich die Frage, ob Frankreich mit dem Abwertungssatz von 11,1 vH seine Exportwirtschaft international wieder so wettbewerbsfähig wie vor den Mai-Unruhen gemacht hat, als die französische Zahlungsbilanz etwa ausgeglichen war, oder ob sogar nachhaltige Wettbewerbsvorteile erzielt worden sind, die zu Zahlungsbilanzüberschüssen führen werden. Im ersten Fall müßte die außenwirtschaftlich wirksame Abwertungsmarge gerade so groß sein, daß sie das Ausmaß kompensiert, in dem die Lohnstückkosten der französischen Wirtschaft denen ihrer Konkurrenten in den Jahren 1968 und 1969 vorangeeilt sind. Die Lohnstückkosten sind in Frankreich 1968 um etwa 6 vH, in den wichtigsten anderen Industrieländern im Durchschnitt um etwa 3 vH gestiegen. 1969 dürfte die Differenz infolge des französi-

schen Booms geringer gewesen sein. Auf den ersten Blick scheint der französischen Wirtschaft folglich durch die Paritätsänderung ein Wettbewerbsvorteil von gut der Hälfte des Abwertungssatzes entstanden zu sein.

Indessen ist nicht anzunehmen, daß der Abwertungssatz in voller Höhe außenwirtschaftlich wirksam wird, da abwertungsbedingte Preissteigerungen zu erwarten sind. Der zusätzliche Anstieg des Preisniveaus ergibt sich einmal aus der Verteuerung der Vorleistungsimporte, wodurch sich die Kosten der französischen Unternehmen um etwa 1,5 vH erhöhen werden, und zum anderen aus der Verteuerung der für den Endabsatz bestimmten Einfuhren. Allein die Preise für Agrarimporte werden wegen der beschlossenen Subventionierung von der Abwertung vorerst nur wenig berührt.

Auch wenn man davon ausgeht, daß die ausländischen Anbieter, um in Frankreich keine Absatzeinbußen zu erleiden, ihren französischen Kunden Preiszugeständnisse machen werden, dürfte sich ein abwertungsbedingter Anstieg des französischen Binnenpreisniveaus um etwa 3 bis 4 vH nicht vermeiden lassen. Dadurch wird der mit der Paritätsänderung für Frankreich entstandene Wettbewerbsvorteil zwar auf ebenfalls etwa 3 bis 4 vH reduziert, doch könnte dieser Vorsprung ausreichen, die französische Leistungsbilanz im kommenden Jahr nicht nur auszugleichen, sondern zu aktivieren. Dies setzt allerdings voraus, daß der Lohnstückkostenanstieg im Herbst nicht erneut über das internationale Maß hinausgeht. Die französische Regierung wird bestrebt sein, einerseits durch steuerpolitische Entlastung des Massenkonsums und durch Anhebung der Mindestlöhne den sozialen Frieden zu sichern, andererseits durch kredit- und haushaltspolitische Maßnahmen die Nachfrage zu drosseln und Preissteigerungen zu erschweren.

Die Verfügung eines allgemeinen Preisstopps allein reicht jedoch hierzu nicht aus. Sie führt nach den seit 1963 gesammelten Erfahrungen lediglich dazu, daß die Unternehmen über verschleierte Preissteigerungen dem Preisstopp auszuweichen suchen. Folgerichtig hat nach offizieller Version der befristete Preisstopp auch nur den Sinn, den Ausbruch einer Inflationspsychose im Zuge übereilter Preisanpassungen und dadurch bewirkter Panikkäufe zu verhindern. Längerfristig wird man den Unternehmen die Weitergabe ihrer aus verteuerten Vorleistungsimporten resultierenden Kostensteigerung zugestehen müssen. Ziel der Dämpfungsmaßnahmen muß es also sein, die nachfragebedingten, den Stückgewinn erhöhenden Preissteigerungen zu stoppen. Bei der derzeitigen Vollauslastung der Kapazitäten wird dies kaum möglich sein, ohne die — vor der Abwertung für 1969 auf 5,5 vH geschätzte — Zuwachsrate des realen Sozialprodukts zu reduzieren.

Die *italienische* Wirtschaft wird von der Franc-Abwertung in einer Situation äußerst kräftiger Expansion getroffen, die zudem — ähnlich wie in der Bundesrepublik — von einem hohen Überschuß der Leistungsbilanz begleitet ist. Da Frankreich an den italienischen Warenausfuhren mit 12,5 vH, Italien an den französischen Ausfuhren mit 9 vH beteiligt ist (1968), kommen die primären Wirkungen der Franc-Abwertung für Italien derjenigen einer etwa einprozentigen Lira-Aufwertung gleich und dürften damit die Überschußposition Italiens nicht erheblich beeinflussen. Auch die Sekundärwirkungen für die Konkurrenzposition Italiens auf Drittmärkten werden gering sein; denn bei einem internationalen Vergleich der Lohnstückkostenentwicklung lag außer der Bundesrepublik insbesondere Italien gegenüber Frankreich in den letzten Jahren recht günstig. Soweit sich dennoch Dämpfungswirkungen ergeben, sind sie im Interesse einer Fortdauer des bislang noch weitgehend spannungsfreien Wirtschaftswachstums, da sie dazu beitragen können, die sich seit kurzem auch in Italien abzeichnenden konjunkturellen Preissteigerungen rechtzeitig zu bekämpfen.

Ungebrochen expandierende Nachfrage in der Bundesrepublik

Das Tempo des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in der Bundesrepublik hat bis zur Jahresmitte unvermindert angehalten. Dem stark zunehmenden Angebot an Gütern und Diensten stand eine noch kräftigere Expansion der Gesamtnachfrage gegenüber. Bei weiter steigenden Auftragsbeständen erreichte die Auslastung des binnenländischen Arbeitspotentials einen extrem hohen Stand: Nie

zuvor war die Zahl der offenen Stellen so hoch, nie zuvor waren so viele ausländische Arbeitskräfte in der Bundesrepublik beschäftigt.

Im ersten Halbjahr blieb die Steigerungsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktivität erstaunlich hoch. Allerdings erreichte in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie die Produktion bereits zur Jahresmitte die Kapazitätsgrenze. In den kommenden Monaten werden andere Branchen hinzukommen. Damit wird sich das Produktionswachstum in der Industrie bis zum Jahresende immer mehr abflachen. Am größten scheint der Kapazitätsspielraum gegenwärtig noch bei den Investitionsgüterindustrien zu sein; in diesem Bereich bestehen mithin gute Aussichten für eine zunächst unverminderte Expansion der inländischen Produktionstätigkeit.

Die Ausrüstungsinvestitionen haben im ersten Halbjahr um rund ein Drittel zugenommen. Der unverändert rasche Anstieg der inländischen Auftragseingänge bei den Investitionsgüterindustrien läßt von der Nachfrage her gleichfalls noch keinen Tendenzumschwung erkennen. Auch in den kommenden Monaten dürften die Ausrüstungsinvestitionen die maßgebende Komponente der konjunkturellen Entwicklung bleiben. Angesichts des nur begrenzt erweiterungsfähigen Arbeitsvolumens gewinnt das Rationalisierungsmotiv bei den Investitionen immer mehr an Bedeutung. Die Steigerung der privaten Investitionsneigung führte zu einem außerordentlichen Wachstum der Produktionstätigkeit im Inland und zu erhöhter Nachfrage nach ausländischen Investitionsgütern. Die Preisentwicklung in diesem Verwendungsbereich, die sich bis in die jüngste Zeit hinein nicht beschleunigt hat, wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr etwas stärker werden.

Nach dem witterungsbedingten Produktionsausfall in den ersten Monaten des Jahres hat die Bautätigkeit bis zur Jahresmitte verstärkt zugenommen. Während der Wohnungsbau nach wie vor stagnierte und auch in den kommenden Monaten tendenziell eher ab- als zunehmen wird, expandierten der gewerbliche Bau und auch der Tiefbau konjunkturell erheblich. Für die nächste Zeit ist zu erwarten, daß Länder und Gemeinden — da ihnen aus Steuereinnahmen weitaus mehr Mittel zur Verfügung stehen als noch zu Beginn des Jahres erwartet — ihre Investitionsausgaben so lange steigern werden, wie kein gesetzlicher Riegel vorgeschoben wird. In jedem Falle wird die Bauwirtschaft jedoch insgesamt weiterhin im Schatten der Konjunktur stehen.

Bis in die jüngste Zeit war die Entwicklung der Wareneinfuhr — insbesondere von Fertigwaren, aber auch von Ernährungsgütern — konjunkturell steil aufwärts gerichtet. Die rege Nachfrage auf den Inlandsmärkten läßt hier für die nächste Zukunft keine Verminderung des Wachstums der gewerblichen Importe erwarten. Dabei werden sich die Einfuhren aus Frankreich weiterhin kräftig erhöhen, da die Franc-Abwertung zu einer relativen Verbilligung der französischen Güter führt. In welchem Ausmaß die deutschen Exporte davon beeinflußt werden, bleibt abzuwarten. Im Moment ist nicht zu überblicken, ob und inwieweit bereits in die Bundesrepublik vergebene Aufträge storniert werden. Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß durch die beträchtlichen Kurssicherungskosten bei Außenhandelsgeschäften mit Liefer- und Zahlungsfristen die Franc-Abwertung teilweise bereits vorweggenommen war. Jedenfalls ist für das zweite Halbjahr mit einer Beeinträchtigung kaum zu rechnen. Der Ausfuhrüberschuß wird aber — nachdem er im zweiten Quartal vorübergehend nochmals das Vorjahr übertroffen hatte — infolge des anhaltenden Einfuhrwachstums in der nächsten Zeit zurückgehen.

Typisch für Konjunkturverläufe ist, daß im Aufschwung die Zunahme der Arbeitseinkommen der Zunahme der Unternehmereinkommen mit zeitlicher Verzögerung folgt. Während die Löhne je geleistete Arbeitsstunde vom Beginn der Rezession (Jahresmitte 1966) bis heute nur um reichlich 20 vH gestiegen sind, haben sich die übrigen Einkommen — genauer: die Gewinne einschließlich Abschreibungen und Steuern — um fast 35 vH erhöht. Die lebhafte Nachfrage hat zwar infolge von Überstunden und übertariflichen Zahlungen zu einer erheblichen Steigerung der Lohneinkommen geführt; Erhöhungen der Tariflohnsätze größeren Ausmaßes haben jedoch erst in der zweiten Jahreshälfte eingesetzt. Für eine Erhaltung der Lohndrift wird das konjunkturelle Klima zunächst weiterhin günstig bleiben. Da sich die Abzüge vom Bruttoarbeitseinkommen im weiteren Jahresverlauf nur im Einklang mit dessen Wachstum erweitern, wird sich der in den letzten Monaten bereits stärker gewordene Verbrauchsanstieg fortsetzen und damit zu einem wichtigen Pfeiler der konjunkturellen Entwicklung werden.

Mit durchschnittlich 2,5 vH war der Anstieg der Verbraucherpreise in der ersten Jahreshälfte weniger ausgeprägt als befürchtet. Obwohl die Preise für industrielle Güter und Dienstleistungen in der nächsten Zeit konjunkturell stärker zunehmen werden als bisher, wird die Steigerung der Ernährungskosten — begünstigt durch die außerordentlich gute Ernte — die Veränderung des Gesamtindex im bisherigen Rahmen halten.

Neben den privaten Haushalten profitiert von dem anhaltenden Wirtschaftsaufschwung zunehmend die öffentliche Hand. Die bisherigen Steuereingänge übertrafen insbesondere bei Bund und Ländern alle Erwartungen. Allein die Lohnsteuer und die Mehrwertsteuer erbrachten in der ersten Jahreshälfte ein Mehraufkommen von 9 Mrd. DM. Durch eine antizyklische Gestaltung des Staatshaushaltes versuchte die Bundesregierung auf der Basis des Stabilitätsgesetzes bereits im Frühjahr dieses Jahres der starken Expansion entgegenzuwirken. Die Steuerprogression bei der Lohnsteuer, der Wegfall der Altvorratsentlastung und die Einführung der fünften Vorauszahlungsrate als Anpassung an die Gewinnentwicklung haben starken antizyklischen Charakter, zumal sie von einem „prophylaktischen Dämpfungsprogramm" begleitet sind, das eine Ausgabensperre von 1,6 Mrd. DM, eine Einschränkung der Nettokreditaufnahme und die Zuführung der Steuermehreinnahmen zu einer Konjunkturausgleichsrücklage vorsieht. Insgesamt wird im Jahre 1969 der Geldvermögenssaldo der öffentlichen Hand mit reichlich 8 Mrd. DM positiv sein.

Da diese fiskalischen Maßnahmen von Kreditrestriktionen der Bundesbank — Erhöhung der Mindestreservesätze, des Lombard- und Diskontsatzes — flankiert werden, sind insgesamt bedeutende antizyklische Kräfte wirksam. Wie lang der Bremsweg sein wird, ist zur Zeit noch schwer zu bestimmen. Bei dieser Konstellation ist die nach wie vor geforderte generelle Neufestsetzung der Währungsparitäten unter konjunkturellem Aspekt um so problematischer, je später sie erfolgt; der günstigste Zeitpunkt für eine Aufwertung der DM ist ohnehin verstrichen. Unter Verzicht auf flankierende Stützungsmaßnahmen kann das außenwirtschaftliche Gleichgewicht in der Bundesrepublik jetzt weniger denn je wiederhergestellt werden.

Agrarpolitische Aspekte der Franc-Abwertung

Die Brüsseler Vereinbarung, aufgrund der Franc-Abwertung den französischen Agrarmarkt vorläufig aus der Gemeinschaft der sechs EWG-Partner herauszulösen, stoppt zunächst auf diesem Sektor die weitere Verwirklichung der Gemeinschaft. Mag diese Zäsur wegen des vorübergehenden Rückfalls in den Zustand der nationalen Agrarmarktpolitik und der damit verbundenen Nachteile auch beklagenswert sein — die auferlegte Zwangspause könnte zur notwendigen Umgestaltung der bisherigen Agrarpolitik sinnvoll ausgefüllt werden.

Zweifellos war es richtig, aus der besonderen Situation heraus nicht unter Zugzwang eine Änderung der „Rechnungseinheit" vorzunehmen; die Folge wäre eine plötzliche Einkommensverschlechterung nicht nur der deutschen Landwirte gewesen. Die Genugtuung, die sich in Kreisen der westdeutschen Agrarpolitik über den Ausgang der Brüsseler Verhandlungen verbreitet, ist unter diesem Aspekt zu beurteilen.

Desto vordringlicher sollten nunmehr — gefördert durch das zumindest partielle Aussetzen des Gemeinsamen Marktes — die anstehenden Probleme in einer Weise gelöst werden, die längerfristig die Weichen für die positive Weiterentwicklung stellt. Die Neuregelung der gemeinsamen Agrarfinanzierung, die Beseitigung der Unzulänglichkeiten der Marktregelungen und die Überprüfung der „Rechnungseinheit" auf eine Paritätsänderung hin seien als die wichtigsten Aufgaben für die Phase der Agrarmarktaussetzung herausgestellt.

Angesichts wachsender Überproduktion in der EWG, vor allem bei Marktordnungswaren und den damit verbundenen Gemeinschaftskosten, dringt die Problematik der europäischen Hochpreispolitik zunehmend in den Vordergrund des agrar- und wirtschaftspolitischen Interesses. Vieles spricht für eine Korrektur des gesamten Agrarpreisniveaus der Gemeinschaft auf der Grundlage eines niedrigeren Goldgehaltes der Rechnungseinheit — durchgeführt im Zuge der Lösung der internationalen Währungsprobleme. Die Änderung der Goldparität der synthetischen Agrarwährung „Rechnungseinheit" müßte — nach dem Modell der französischen

Interimslösung — innerhalb einer gesetzten Frist abgeschlossen sein. Durch die zu erwartende Entlastung der Märkte infolge Einschränkung der Produktion würden Mittel frei, die flankierend für sozialpolitische Maßnahmen zugunsten der Arbeitskräftemobilität eingesetzt werden könnten. Eine solche Umlenkung des Mitteleinsatzes liefe konform mit verschiedenen einzelstaatlichen Ansätzen zu einer besseren Agrarstrukturpolitik. Sie müßte mit der Einstellung noch vorhandener produktbezogener Subventionen verbunden sein. Ein tiefer gesetztes Agrarpreisniveau könnte zudem Großbritannien den EWG-Beitritt wesentlich erleichtern.

Von der Isolierung des französischen Agrarmarktes dürften Impulse — wenn überhaupt — nur abgeschwächt auf den Agrarmarkt der „Restgemeinschaft" der EWG ausgehen. Insbesondere dürfte der um Frankreich nun wieder errichtete Schutzwall für Marktordnungswaren das Verbraucherpreisniveau der Bundesrepublik von französischen Preiseinflüssen freihalten.

Zur Entwicklung der Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik Deutschland

Die gesamte Industrie (ohne Bauwirtschaft und Energieversorgung) hat in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 14 vH mehr erzeugt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Berücksichtigt man die geringere Zahl der Arbeitstage, so ergibt sich ein Produktionsanstieg im ersten Halbjahr 1969 von knapp 15 vH. An dieser Produktionssteigerung waren die einzelnen Industriebereiche unterschiedlich beteiligt. Während die Investitionsgüterindustrien ihre Erzeugung im ersten Halbjahr um knapp 21 vH erhöht haben, blieb der Produktionsanstieg der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sowie das Wachstum der Verbrauchsgüterindustrien jeweils knapp unter dem Durchschnitt. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrien und der Bergbau expandierten nur relativ schwach. Die Erhöhung der Produktion des Bergbaus um 3,6 vH ist jedoch ein Zeichen dafür, daß auch dieser Industriebereich vor allem als Vorlieferant der Eisen- und Stahlindustrie an dem starken gesamtwirtschaftlichen Wachstum partizipiert hat.

Die konjunkturelle Entwicklung der industriellen Erzeugung ist durch einen seit zwei Jahren anhaltenden stetigen Anstieg gekennzeichnet. Die Industrie hat seit dem zweiten Quartal 1967 ihre Erzeugung von Vierteljahr zu Vierteljahr um durchschnittlich gut 3 vH erhöht. In den letzten Monaten zeichnet sich allerdings eine leichte Verlangsamung des Anstiegs ab. Diese Abschwächung ist hauptsächlich auf die konjunkturelle Entwicklung im Grundstoff- und im Verbrauchsgüterbereich zurückzuführen, in denen die Kapazitätsgrenzen inzwischen weitgehend erreicht worden sind. Die Investitionsgüterindustrien steigerten dagegen ihre Erzeugung bis in die jüngste Zeit mit unvermindertem Tempo.

Das starke Produktionswachstum von im Durchschnitt 3 vH vierteljährlich seit Jahresmitte 1967 hat bei einem wesentlich schwächeren Ausbau der Kapazitäten schnell die Auslastung [1] verbessert. Sie ist seit dem zweiten Vierteljahr 1967 in der Verarbeitenden Industrie um durchschnittlich 2 vH je Vierteljahr gestiegen und hat in den Monaten April bis Juni dieses Jahres mit knapp 94 vH das sehr hohe Auslastungsniveau der Boomjahre 1960/61 erreicht.

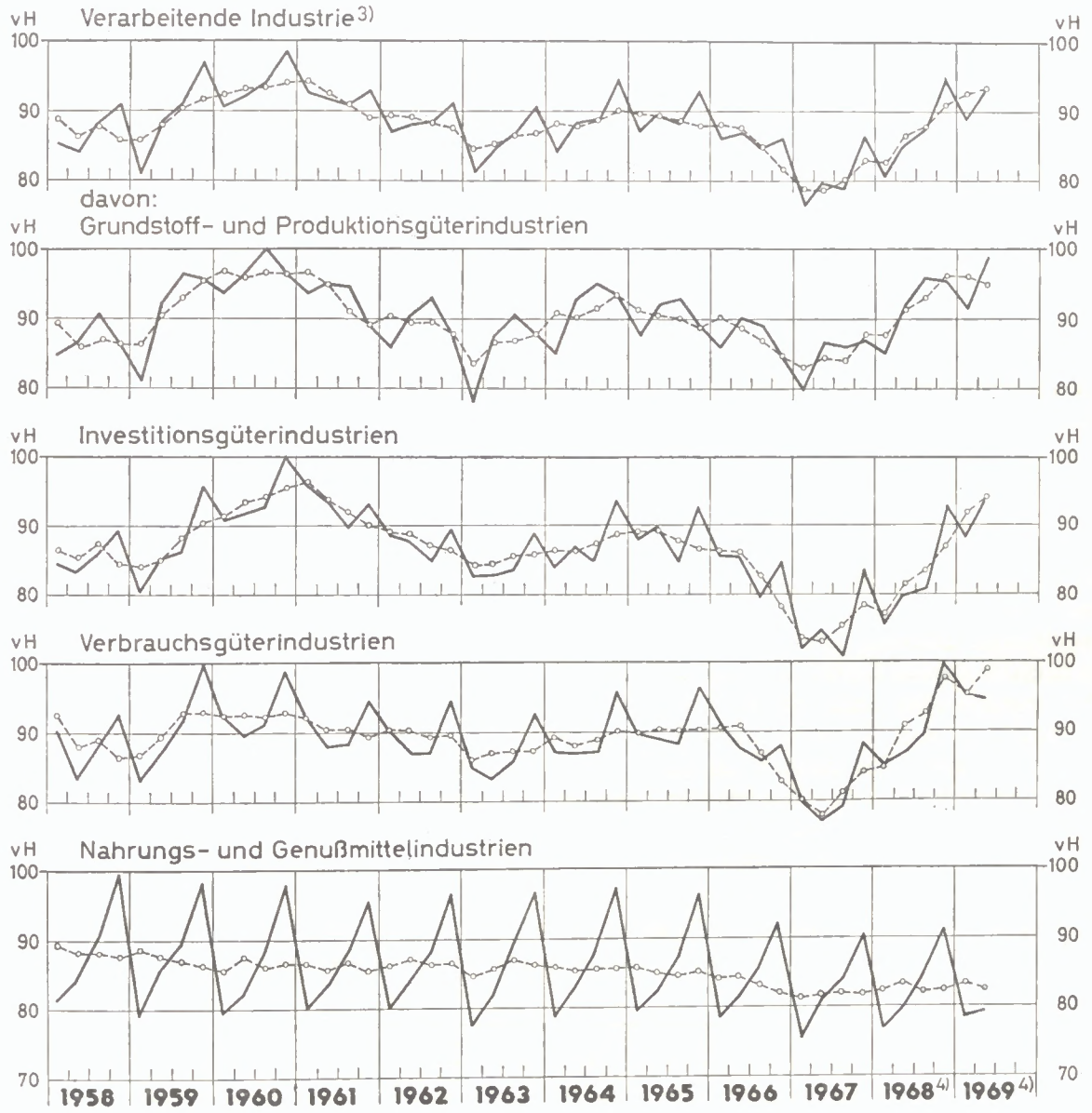
In den *Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien* wurden die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten bereits im zweiten Halbjahr 1968 voll genutzt. In den ersten drei Monaten dieses Jahres ging der Auslastungsgrad saisonbedingt zwar etwas zurück; in den Monaten April bis Juni war jedoch das verfügbare Produktionspotential mit knapp 99 vH wieder so gut wie ausgeschöpft. In der Eisen- und Stahlindustrie wurden im ersten Halbjahr 1969 bei völliger Auslastung der Produktionsmöglichkeiten Rekordergebnisse in der Stahlproduktion erzielt, die für das ganze Jahr eine nochmalige Steigerung der Produktion von 10 vH gegenüber 1968 erwarten lassen. Die Nachfrage aus dem Inland ist jedoch so stark, daß selbst bei eingeschränkter Belieferung des Auslands die Klagen im Inland über Lieferengpässe anhalten werden. Auch die Chemische Industrie, die in der Rezessionsphase ihr Produktionspotential recht gut nutzen konnte

[1] Zur Methode der Auslastungsberechnung vgl. Arthur Boneß: „Vierteljährliche Indexziffern der Kapazitätsauslastung für die Bereiche der Verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland". In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2/69, S. 190 ff.

VIERTELJÄHRLICHE KOEFFIZIENTEN[1] DER KAPAZITÄTSAUSLASTUNG DER VERARBEITENDEN INDUSTRIE IM GEBIET DER BUNDESREPUBLIK NACH HAUPTGRUPPEN

BERECHNUNGEN DES DIW

—— URSPRUNGSWERTE
o--o--o SAISONBEREINIGTE URSPRUNGSWERTE[2]



[1] *Neuberechnung auf Preisbasis 1962.*

[2] *Saisonbereinigung der effektiven vierteljährlichen Nettoproduktionsvolumina nach dem Verfahren des DIW. Vgl. B. Nullau „Verfahren zur Zeitreihenanalyse" in Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung; Heft 1/1968.*

[3] *Gewogener Durchschnitt der Hauptgruppen.*

[4] *Vorläufig.*

DIW 69

und damit wesentlich zu einem noch relativ hohen Auslastungsniveau im Grundstoffbereich beigetragen hat, ist im ersten Halbjahr 1969 an die Grenzen ihrer Produktionsmöglichkeiten gestoßen. Die Gummi- und asbestverarbeitende Industrie, die in der Rezession einen erheblichen Teil ihrer Kapazitäten stillegen mußte, weil die Nachfrage der Automobilindustrie überaus stark zurückging, profitiert nunmehr von dem guten Absatz von Fahrzeugen und kann den Lieferwünschen ihrer Abnehmer kaum mehr gerecht werden.

Im Bereich der *Verbrauchsgüterindustrien* wurde ebenfalls bereits im vierten Quartal 1968 das Produktionspotential saisonbedingt maximal ausgelastet — hauptsächlich eine Folge des recht guten Weihnachtsgeschäfts. Aber auch die Nachfrage nach Vorprodukten aus den Verbrauchsgüterindustrien, wie z. B. Erzeugnisse der Kunststoffverarbeitenden Industrie, der Papier- und pappeverarbeitenden Industrie und der Holzverarbeitenden Industrie war zu dieser Zeit bereits sehr ausgeprägt.

Die *Investitionsgüterindustrien* konnten nicht so schnell in eine Phase sehr hoher Auslastung des Produktionspotentials gelangen wie die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und die Verbrauchsgüterindustrien. Diese konnten einmal in der Rezession ihre Kapazitäten höher auslasten; zum anderen begann bei ihnen die Nachfrage aus dem Inland früher und kräftiger zu steigen als im Investitionsgüterbereich. Die Ursachen hierfür liegen in einem starken Lageraufbau und der im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs früh einsetzenden Nachfrage nach Vorprodukten. Die konjunkturelle Auslastung der Kapazitäten der Investitionsgüterindustrien war dagegen im zweiten Vierteljahr 1967 auf 73 vH gesunken — knapp vier Punkte weniger als in den Verbrauchsgüterindustrien und sogar knapp zehn Punkte weniger als in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Seitdem hat sich die Auslastung von Vierteljahr zu Vierteljahr um durchschnittlich 3 vH verbessert; sie betrug im zweiten Quartal 1969 94 vH. Das zeitliche Zurückbleiben der Auslastungsverbesserung in den Investitionsgüterindustrien ist hauptsächlich auf die nur zögernd einsetzende Investitionstätigkeit der gesamten Industrie zurückzuführen. Erst im Verlauf des vergangenen Jahres, das den Unternehmen durch einen sehr schnellen Nachfrageanstieg aus dem Inland und Ausland immer mehr Zuversicht in einen sich fortsetzenden Aufschwung brachte, wurden Investitionsplanungen revidiert und Kapazitätserweiterungen forciert. Wie wenig die Industrie trotzdem im vergangenen Jahr zur gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit und damit zur verbesserten Auslastung der Kapazitäten in den Investitionsgüterindustrien beigetragen hat, zeigt sich darin, daß die industriellen Investitionen im Jahre 1968 nur um 2 vH über dem schon sehr geringen Niveau des Jahres 1967 gelegen haben. Aufgrund der für die Investitionsgüterindustrien typischen langen Durchlaufzeiten und auch des sehr starken Auftragseingangs zunächst aus dem Ausland und später auch aus dem Inland haben sich inzwischen erhebliche Nachfrageüberhänge gebildet, die die Produktion der Investitionsgüterhersteller auf Monate hinaus sichern. Der bis in den Juni ungebrochen starke Produktionsanstieg im Bereich der Investitionsgüterindustrien wird sich daher in den nächsten Monaten fortsetzen. Allerdings dürften im Verlauf des zweiten Halbjahres auch die Investitionsgüterindustrien an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen und ihre Produktion dann nicht mehr in gleichem Maße ausdehnen können wie bisher.

Bislang deuten keine Indikatoren auf einen grundsätzlichen Tendenzwandel in der industriellen Produktionsentwicklung in den nächsten Monaten hin. In nächster Zeit ist das Kapazitätswachstum limitierender Faktor der industriellen Erzeugung. Im Vorjahrsvergleich wird daher die Produktionssteigerung im zweiten Halbjahr 1969 kaum höher sein als 8 bis 10 vH.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel.: (0311) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl
Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter
Für die wissenschaftliche Leitung des Instituts und für den Inhalt der Wochenberichte verantwortlich ist das Kollegium der Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter.

Franc-Abwertung bearbeitet von Manfred Teschner und Fritz Franzmeyer. — *Expandierende Nachfrage in der BRD* bearbeitet von Karin Müller-Krumholz. — *Agrarpolitische Aspekte* bearbeitet von Peter Hrubesch. — *Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie der BRD* bearbeitet von Arthur Boneß.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43
Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1.—

Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot